

**VEREINBARUNG ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG DER
SCHUTZIMPFUNG GEGEN DIE NEUE INFLUENZA
A(H1N1) NACH § 20 ABS. 4 IfSG i.V.m. INFLUENZA-
SCHUTZ-IMPFUNG-GKV-LEISTUNGSVERORDNUNG
(ISchGKVLV)**

zwischen

DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN KRANKENHAUSGESELLSCHAFT,
Birkenwaldstrasse 151, 70191 Stuttgart,

und

DEM LAND BADEN-WÜRTTEMBERG,
vertreten durch das Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg,
Schellingstr. 15, 70174 Stuttgart

§ 1

Gegenstand der Vereinbarung und Anwendungsbereich

1. Gegenstand dieser Vereinbarung ist die Durchführung der Schutzimpfung gegen die Neue Influenza A(H1N1) in Krankenhäusern in Baden-Württemberg.
2. Die Vereinbarung orientiert sich an der Influenzaschutzimpfung-GKV-Leistungspflichtverordnung (ISchGKVLV) des Bundesministeriums für Gesundheit vom 19. August 2009.
3. Die Vereinbarung findet Anwendung für diejenigen Krankenhäuser, die sich durch Beitritt zu diesem Vertrag zur freiwilligen Durchführung der Impfung des Personenkreises nach § 2 bereiterklärt haben. Der Beitritt ist unter Verwendung der Anlage 1 (Beitrittserklärung) gegenüber der BWKG-Geschäftsstelle zu erklären. Die BWKG informiert das Ministerium über die beigetretenen Krankenhäuser.

§ 2

Personenkreis

1. Personen, die in Krankenhäusern tätig sind (§ 1 Abs. 1 Ziff. 3 ISchGKVLV), können im Krankenhaus geimpft werden, sofern der Krankenhausträger ihnen ein freiwilliges Impfangebot unterbreitet.
2. Wünscht ein Patient, der sich in stationärer Krankenhausbehandlung befindet, die Durchführung der Influenzaschutzimpfung während seines stationären Aufenthalts, so kann ihm diese Impfung vom Krankenhaus angeboten werden.

Vorrangig sollen Patienten geimpft werden, die folgenden Gruppen angehören:

- a) Personen mit
 - chronischen Krankheiten der Atmungsorgane einschließlich Asthma

- und chronisch obstruktiver Bronchitis,
 - chronischen Herz-Kreislauf-, Leber- und Nierenkrankheiten,
 - Diabetes und anderen Stoffwechselkrankheiten,
 - Fettleibigkeit (Adipositas),
 - multipler Sklerose mit durch Infektionen ausgelösten Schüben,
 - angeborenen oder erworbenen Immundefekten mit T-zellulärer oder B-zellulärer Restfunktion,
 - HIV-Infektion oder anderen Infektionskrankheiten, die eine Schwächung des Immunsystems verursachen,
 - vergleichbar schweren Erkrankungen, bei denen zu erwarten ist, dass eine Erkrankung an Influenza A(H1N1) schwer verläuft sowie
- b) schwangere Patientinnen

§ 3

Bereitstellung des Impfstoffs

1. Das Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg stellt sicher, dass die Krankenhaus- bzw. krankenhausversorgenden Apotheken den für die Durchführung der Schutzimpfung der in § 2 Ziff. 1 und 2 genannten Personen erforderlichen Impfstoff und das Impfbestock in ausreichender Menge erhalten. In der Anfangsphase der Impfstoffauslieferung erfolgt eine direkte Zuteilung des Impfstoffs durch das Ministerium für Arbeit und Soziales an die Kliniken. Die Lieferanschrift ist die Krankenhausapotheke oder krankenhausversorgende Apotheke. Materialien für die Impfaufklärung und Dokumentation werden vom Ministerium für Arbeit und Soziales elektronisch zur Verfügung gestellt.
2. Das Impfbestock umfasst je Impfstoffeinheit (zehn Einzeldosen) zehn Spritzen à 2 ml, eine Spritze à 5 ml, zwei Entnahme-/Belüftungskanülen 20G x 1 ½" und zehn Kanülen 25G x 1".
3. Das Krankenhaus bezieht unter Übermittlung der in der Verordnung über die Verschreibungspflicht von Arzneimitteln vorgeschriebenen Daten bei der Krankenhaus- bzw. krankenhausversorgenden Apotheke die benötigte Impfstoffmenge.

4. Die Krankenhaus- beziehungsweise die krankenhausversorgenden Apotheken sind verpflichtet, täglich die noch bei ihnen verfügbare Menge an Impfdosen auf dem von der Landesapothekerkammer bereitgestellten Internetportal einzutragen. Die Eingabe und der Abruf durch Apotheken können nur unter Angabe der Apothekennummer und Postleitzahl erfolgen, um eine Manipulation durch Dritte auszuschließen. Die Apothekennummer wird den Krankenhausapotheken durch die Landesapothekerkammer mitgeteilt.

§ 4

Leistungserbringung und Haftung

1. Die Impfungen nach dieser Vereinbarung erfolgen in den Räumen des Krankenhauses.
2. Die Impfung der in § 2 Ziff. 1 genannten Personen wird vom zuständigen Betriebsarzt, einem niedergelassenen Arzt, der mit der Wahrnehmung des betriebsärztlichen Dienstes beauftragt ist, oder von einem Krankenhausarzt durchgeführt. Führt ein Krankenhausarzt die Impfung durch, so ist dieser zu verpflichten, über die ihm im Zusammenhang mit der Impfung bekannt gewordenen personenbezogenen Angaben der Mitarbeiter Stillschweigen zu bewahren.
3. Der zu Impfende kann alternativ wählen, sich nicht im Krankenhaus sondern von einem niedergelassenen Arzt (in dessen Praxisräumen) impfen zu lassen.
4. Die Impfung der in § 2 Ziff. 2 genannten Personen wird von einem Krankenhausarzt durchgeführt.
5. Zur Durchführung der Impfung gehören folgende Leistungen:
 - a. Aufklärung der zu impfenden Personen,
 - b. Abklärung der Impffähigkeit,
 - c. Impfleistung entsprechend der Dosisempfehlung des Impfstoffherstellers,

d. Impfdokumentation.

6. Etwaige Ansprüche wegen Impfschäden im Sinne des IfSG bei sachgerechter Durchführung der Impfung durch den impfenden Arzt richten sich gegen das Land Baden-Württemberg. Das Land stellt das Krankenhaus und den die Impfung durchführenden Arzt von der Haftung für etwaige sonstige Schäden im Zusammenhang mit der Impfung frei. Es erstattet bei einer Inanspruchnahme des Krankenhauses oder des Arztes diesen im Innenverhältnis alle entstehenden Aufwendungen (Schadensersatzsumme, Kosten etc.). Dies gilt nicht im Fall einer grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Pflichtverletzung durch den Arzt oder das Krankenhaus.

§ 5

Vergütung und Abrechnung

1. Die Krankenhäuser erhalten für die Impfung der in § 2 Ziff. 2 genannten Personen pro durchgeführte Einzel-Impfung 5 Euro für die Impfleistung vom Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg bzw. vom Fondsverwalter.
2. Die Abrechnung erfolgt auf der Grundlage einer Erklärung des Krankenhauses gemäß Anlage 4.
3. Das Krankenhaus stellt sicher, dass eine Abrechnung der Impfung gegen die Grippe H1N1 ausschließlich gegenüber dem Ministerium für Arbeit und Soziales bzw. dem Fondsverwalter erfolgt. Weitere Abrechnungen für diese Impfung, z. B. gegenüber Beihilfestellen, gegenüber dem Patienten oder gegenüber der Krankenkasse sind ausgeschlossen.
4. Für Impfungen eigener Mitarbeiter nach § 2 Ziff. 1, die als freiwillige Leistung des Arbeitgebers durch die in § 4 Ziff. 2 benannten Personen angeboten werden, findet § 5 Ziff. 1 bis 3 keine Anwendung.

Führt ein mit der Wahrnehmung des betriebsärztlichen Dienstes beauftragter niedergelassener Arzt die Impfung durch und gehört die Impfung gegen die

Grippe H1N1 nicht zu den Leistungen, die gemäß der bestehenden Vereinbarung mit dem Krankenhaus geschuldet sind, erhält dieser Arzt pro Einzelimpfung der in § 2 Ziff. 1 genannten Personen fünf Euro für die Impfleistung vom Fondsverwalter.

5. Das Krankenhaus erfasst wöchentlich die Anzahl der durchgeführten Impfungen von Mitarbeitern und teilt auf Anforderung dem Ministerium mit, wie viele Mitarbeiter geimpft worden sind.

§ 6

Dauer der Aufgabenerledigung

Diese Vereinbarung tritt mit Beginn der Impfkation, die in Baden-Württemberg voraussichtlich ab 26.10.2009 erfolgt, in Kraft und endet am 31. Juli 2010. Die näheren Einzelheiten hierzu werden in Absprache zwischen den Vertragsparteien festgelegt.

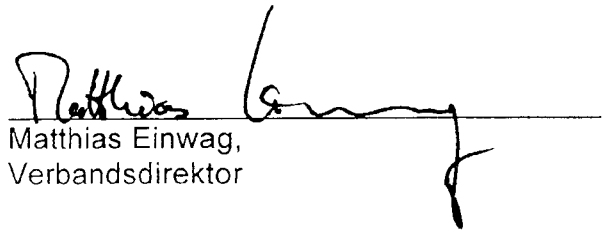
§ 7

Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden oder sollte eine Lücke dieser Vereinbarung offenbar werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung. Vielmehr sind die Vereinbarungspartner in einem solchen Fall verpflichtet, die unwirksame oder fehlende Bestimmung durch eine solche zu ersetzen, die wirksam ist und dem mit der unwirksamen oder fehlenden Bestimmung angestrebten wirtschaftlichen Zweck soweit wie möglich entgegen kommt.


Stuttgart, den 4. November 2009

Baden-Württembergische
Krankenhausgesellschaft



Matthias Einwag,
Verbandsdirektor

Ministerium für Arbeit und Soziales
Baden-Württemberg



Dr. Monika Stolz MdL
Ministerin für Arbeit und Soziales
Baden-Württemberg

Anlage 1 zur Vereinbarung über die Durchführung der Schutzimpfung gegen die Neue Influenza A (H1N1) vom 4.11.2009

Absender:

Ansprechpartner:

Per Post oder Fax (0711 / 2 57 77 99) an

Baden-Württembergische
Krankenhausgesellschaft e.V.
Postfach 10 04 28
70003 Stuttgart



E-Mail:

BEITRITTSERKLÄRUNG

Vereinbarung über die Durchführung der Schutzimpfung gegen die Neue Influenza A (H1N1) zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft e.V. vom 29.10.2009

Für das Krankenhaus / die Krankenhäuser

(Name des Krankenhauses / der Krankenhäuser)

wird hiermit der Beitritt zu der oben genannten Vereinbarung erklärt. Für das Krankenhaus / die Krankenhäuser finden damit die in der Vereinbarung getroffenen Regelungen Anwendung.

(Krankenhausträger)

(Ort, Datum, Unterschrift)

Einverständniserklärung:

Impfung gegen „Neue Grippe“ Influenza A/H1N1

Name: _____

Vorname: _____

Straße / Nr.: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Geburtsdatum: _____

- ☐ Ich habe den Aufklärungsbogen gelesen.
- ☐ Schwere Nebenwirkungen nach einer Impfung sind mir nicht Erinnerung.
- ☐ Ich fühle mich wohl und möchte geimpft werden.

Datum und Unterschrift

Stempel Krankenhaus

Anlage 3 zur Vereinbarung über die Durchführung der Schutzimpfung gegen die Neue In-
fluenza A (H1N1) vom 4.11.2009

Dokumentationsbogen Impfung gegen die „Neue Grippe“ Influenza A/H1N1

Datum: _____

Chargennummer des Impfstoffes:			
Name:	Vorname:	Geburtsdatum:	Abrechnung nach § 2 Nr. 2
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			
7.			
8.			
9.			
10.			

Datum: _____

Chargennummer des Impfstoffes:			
Name:	Vorname:	Geburtsdatum:	Abrechnung nach § 2 Nr. 2
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			
7.			
8.			
9.			
10.			

(Name und Ort des Krankenhauses, Unterschrift des Arztes)

Kassenärztliche Vereinigung
Baden-Württemberg

Abrechnung von im Krankenhaus nach § 2 Nr. 2 durchgeführten Impfungen

Krankenhaus:
.....
Krankenhaus-IK:
Abrechnungsquartal:

ERKLÄRUNG über die Durchführung von Impfungen gegen die
Neue Influenza A (H1N1)

Ich/wir erklären, dass die unten angegebene Anzahl von dokumentierten Impfungen
gegen die Neue Influenza A (H1N1) durchgeführt wurde und von mir/uns hiermit zur
Abrechnung gegenüber dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg
bzw. dem Fondsverwalter eingereicht wird. Daneben erfolgen für diese Impfungen
keine weiteren Abrechnungen über die GOÄ, die Beihilfe sowie die Krankenversi-
chertenkarte.

➤ Anzahl der durchgeführten Impfungen:

(Krankenhausträger)

(Ort, Datum, Unterschrift)